

# Die Gemeinden wissen, was es geschlagen hat

**Zusammenarbeit** Die Gemeinden bleiben zwar fusionskritisch, doch Stillstand will keine von ihnen



VON MICHAEL NITTAUS

Es tut sich was in Baselland. Der Kanton, der vergangenes Jahr in einer Studie der Denkfabrik Avenir Suisse als zentralistischster der ganzen Deutschschweiz entlarvt wurde, steht an einem Wendepunkt. Die 86 Gemeinden haben genug. Sie beginnen, sich abzusprechen. An Tag-satzungen wird gemeinsam ein Weg aus der Abhängigkeit gesucht. Die Nächste steht Anfang März an. Die «Charta von Muttenz» bekräftigte bereits vergangenen Sommer den Willen, durch eine bessere interkommunale Zusammenarbeit autonomer zu werden. Jetzt geht es darum, in Arbeitsgruppen konkrete Projekte zu entwickeln. «Es läuft ziemlich viel», sagt Ueli Kräuchi vom Gemeindeverband (VBLG). Und wenn er dies sagt, liegt eine ordentliche Portion Stolz in seiner Stimme.

## Ohne Finanzausgleich geht es nicht

Was letztlich aus den vielen Gesprächen der Gemeindevertreter entstehe, sei offen, betont Kräuchi. Es gebe keine gedanklichen Barrieren. «Es kann durchaus sein, dass die Gemeinden ihre Zusammenarbeit irgendwann derart intensiviert haben, dass es automatisch zur Fusion kommt.» Den grössten Druck, die heutigen Strukturen zu ändern, haben die kleineren Gemeinden im Oberbaselbiet. Sie sind oft am stärksten vom horizontalen Finanzausgleich abhängig. «Ohne die Aus-

gleichszahlungen müssten wir Konkurs anmelden, so einfach ist das», sagt etwa der Oltinger Gemeindepräsident Christoph Gerber. Seine 500-Seelen-Gemeinde generiere – trotz hohem Steuerfuss von 64 Prozent – nur rund eine halbe Million Franken an Steuererträgen natürlicher Personen. Doch allein die Kosten im Bildungsbereich betragen 700 000 Franken. 2012 erhielt Oltingen deshalb 560 000 Franken Finanzausgleich, dazu noch gut 150 000 an Sonderlastenentschädigung und einen Zusatzbeitrag von 200 000 Franken.

Gerber ist überzeugt, dass «Fusionitis» ihnen kaum helfen könne. Gerber führt die üblichen Argumente an: Er fürchte, der Zusammenhalt der Bevölkerung gehe verloren und er sei ein Verfechter des Föderalismus. Aber im Gespräch wird noch etwas klar: Auch in den Oberbaselbieter Gemeinden macht man sich mittlerweile ernsthafte Gedanken und tabuisiert das Thema Fusion nicht sofort. «Eine Fusion brächte nur dann finanzielle Vorteile, wenn man sie in aller Konsequenz umsetzen und etwa keine Rücksicht auf das Ver-

waltungspersonal nehmen würde», sagt Gerber. Dies sei aber nicht realistisch. Dabei verschliesst sich Oltingen keineswegs generell der Zusammenarbeit. So wurde etwa der Finanzbereich bereits nach Rothenfluh ausgelagert.

## 10 000 Einwohner als Minimum

Nur rund 50 Einwohner mehr als Oltingen hat Arboldswil. Dessen Gemeindepräsident Rolf Neukom fiel bereits mehrfach durch seine offensive Haltung in Sachen Fusionen auf. Im Gegensatz zu Gerber will er den Finanzausgleich überwinden, obwohl auch Arboldswil 2012 rund 300 000 Franken empfing: «Das ist doch reine Strukturhaltung.» Damit deckt sich Neukoms Sicht mit jener von Avenir Suisse, welche die sich öffnende Schere zwi-

schen finanzschwachen und -starken Gemeinden in Baselland als «reines Dynamit» kritisiert. Auch Neukom weiss allerdings, dass Fusionen die Kräfteverhältnisse zwischen dem Ober- und dem Unterbaselbiet nicht grundsätzlich verschieben können. «Aber nichts tun geht auch nicht.»

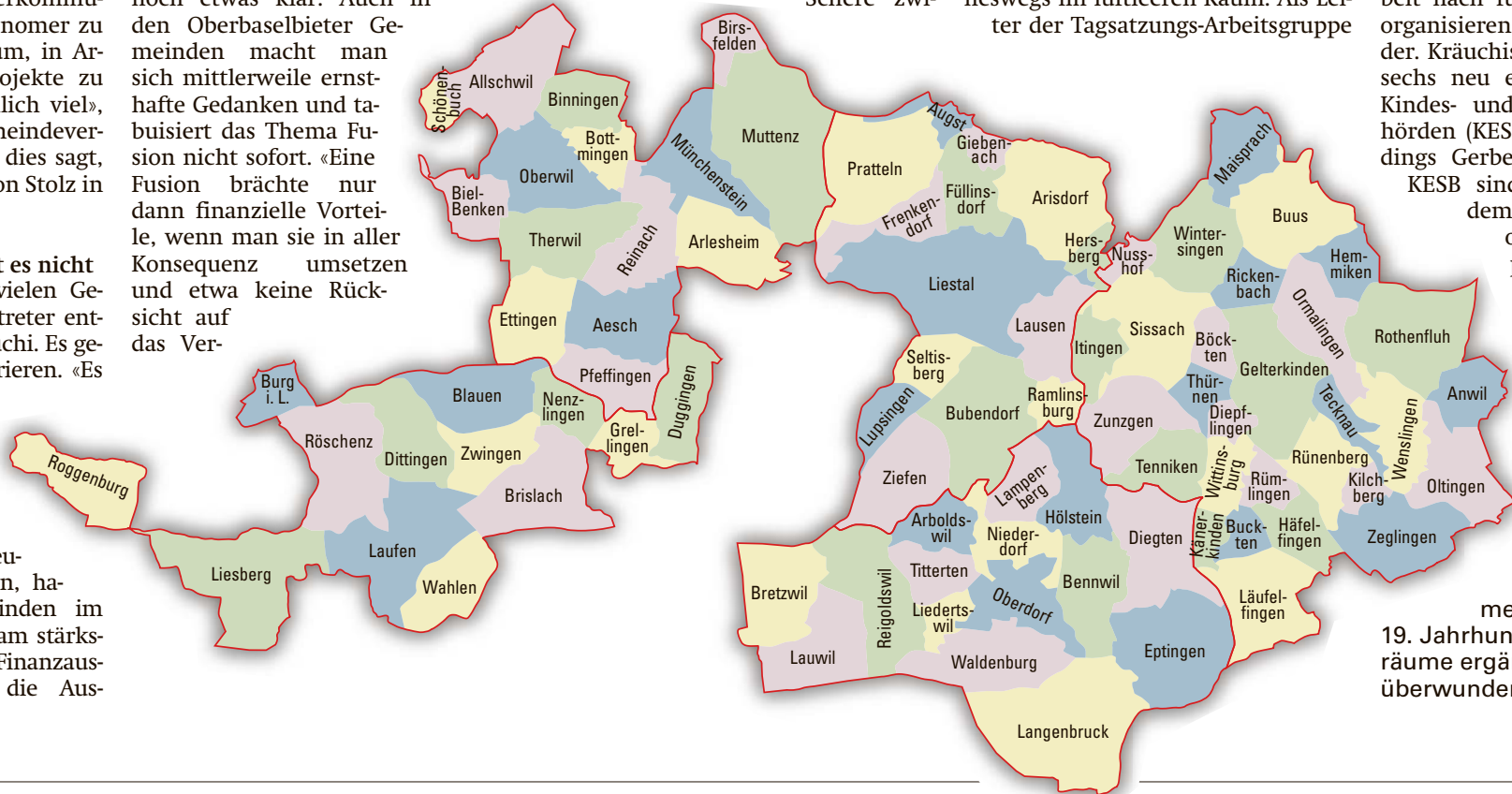
Seine Vision: Die Effekte, die eine Fusion auslösen würde, einmal präzise durchzurechnen. Dabei denkt Neukom nicht an den Zusammenschluss von zwei, sondern gleich mehrerer Gemeinden: «Mindestens 10 000 Einwohner müsste eine neue Gemeinde schon haben.» Nicht ignorieren dürfe man jedoch die gemeinsamen Lebensräume. So denke er an das Hintere Frenkental von Bubendorf bis Reigoldswil. «Weiter wage ich nicht, zu träumen.»

Neukoms Ideen hängen aber keineswegs im luftleeren Raum. Als Leiter der Tagungs-Arbeitsgruppe

Raumplanung werde er bereits an der nächsten Sitzung erste Anstösse präsentieren. Durch grössere Gemeinden erhofft er sich etwa, dass sich schneller Gewerbezentren bilden könnten, weil die regionale Planung nicht mehr durch Flächenausgleichsverhandlungen zwischen den beteiligten Gemeinden behindert würde.

## Testlauf beim Kinderschutz

Nicht zuletzt durch die Charta von Muttenz wird klar, dass die Mehrheit der Gemeinden vorerst ihr Heil anderswo sucht: «Die Aufgaben definieren die Räume», heisst ein Grundsatz. Kräuchi vom VBLG betont denn auch, was eines der Hauptprobleme von Fusionen sei: «Nicht für jede Aufgabe sind dieselben Gemeindeverbände geeignet.» Die Zusammenarbeit nach funktionalen Räumen zu organisieren, sei deshalb zielführender. Kräuchis Paradebeispiel sind die sechs neu eingeführten Kreise der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB). Hier zeigt sich allerdings Gerber noch skeptisch: «Die KESB sind ein Laboratorium, in dem wir überprüfen können, ob zentralisieren und professionalisieren tatsächlich günstiger kommt oder sich so ein Dienst nicht doch besser vor Ort betreiben lässt.»



Die Diskussion wagt: Müssen die Gemeindegrenzen aus dem 19. Jahrhundert durch Funktionsräume ergänzt oder per Fusionen überwunden werden? GRAFIK: ADANK

## «Die Kantone sind interessiert an starken Gemeinden»

**Fusion** Gemeinden gewinnen durch Fusionen mehr Autonomie und ein grösseres Entwicklungspotenzial, erklärt Reto Steiner von der Universität Bern.

VON DANIEL HALLER

## Herr Steiner, was tut sich in der Schweiz in Bezug auf Gemeindefusionen?

**Reto Steiner:** Jede zweite Gemeinde hat in den letzten fünf Jahren darüber nachgedacht, jede Sechste ist aktuell in ein konkretes Fusionsprojekt involviert. Dieser Wert ist sehr hoch, wenn man bedenkt, dass seit 1848 nur ein Sechstel der Gemeinden verschwunden ist. Beachtlich ist, dass in der Schweiz im Gegensatz zum europäischen Ausland fast ausnahmslos die Gemeinden sich selbst entschlossen, ihre Strukturen neu zu gestalten. Der Kanton Baselland ist einer der wenigen Ausnahmen, wo fast keine Gemeinde über Fusionen überhaupt nachdenkt und wo gar keine konkreten Projekte existieren.

## Welche Rolle spielt die Kantonspolitik bei Gemeindefusionen?

Die Kantone spielen eine wichtige Rolle, denn die Gemeindeautonomie ist gemäss Bundesverfassung nur nach Massgabe des kantonalen Rechts gewährleistet. Bei Fusionen agieren sie vor allem als Ideenlieferanten und Förderer.

## Soll der Kanton Fusionen auch aktiv fördern?

Verschiedene Kantone haben Empfehlungen zur Entwicklung der Gemeindestrukturen ausgesprochen und leisten finanzielle Unterstüt-



### Zur Person

**Reto Steiner (42)** ist Professor für öffentliches Management am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern. Eines seiner Spezialgebiete ist die Struktur der Schweizer Gemeinde-landschaft. Er ist Co-Leiter des Nationalfondsprojekts «Challenges to Local Governments». Im Rahmen dieser Studie wird in diesen Tagen das fünfte nationale Gemeindefusionenmonitoring der Schweiz publiziert, welches auf einer Befragung aller Schweizer Gemeinden beruht. Steiner lebt mit seiner Familie in Langenthal. (DH)

zung. Kantone sind grundsätzlich interessiert an starken Gemeinden, die ihre Aufgaben selbstständig erfüllen können. Einige Kantone wie das Tessin, Freiburg oder Bern haben sogar

die Möglichkeit, im äussersten Fall, wenn eine Gemeinde nicht mehr überlebensfähig ist, gegen deren Willen eine Fusion durchzusetzen.

## Was darf man denn von einer Fusion erwarten?

Fusionen sollten die Leistungsfähigkeit der Gemeinden qualitativ verbessern. Zudem ist zu hoffen, dass die Finanzlage zumindest nicht schlechter wird. Hinzu kommt das Potenzial bei strategischen Politikfeldern wie dem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, der regionalen Bedeutung der neuen Gemeinde und einer kohärenteren Zonenplanung: Nach der Fusion hat nicht mehr jede Gemeinde eine kleine Gewerbezone, sondern es gibt noch eine einzige grosse, die dafür gut erschlossen ist und, der Zersiedelung entgegenwirkt. Schliesslich ist eine Fusion dann sinnvoll, wenn danach wieder genügend Kandidierende für politische Ämter zur Verfügung stehen.

## Sollen dafür nur kleine Gemeinden fusionieren?

Nein. In den Agglomerationen helfen Fusionen, dass Einheit zwischen Zahlern und Nutzern einer Leistung wieder entsteht. Gemeindegrenzen sind heute beispielsweise in der Region Basel nur noch künstliche Gebilde.

## Was muss man beachten?

Gute Projekte berücksichtigen sowohl die Argumente des Herzens als auch die harten Fakten. Da Fusionen stark mit Identität und Heimat zu tun haben, ist es beispielsweise wichtig, dass sich die Bevölkerung kennt und ein Grundvertrauen da ist. Gemeinsame Einkaufsgelegenheiten, Vereine und ortsübergreifende Oberstufen der Volksschulen können die-

sen Kitt bilden. Daneben sollte die neue Gemeinde finanziell leistungsfähig sein: Zwei Bettler, die heiraten, werden nicht zum Millionär. Deswegen sollte ein regionales Zentrum an der Fusion beteiligt sein.

## Gewinnen oder verlieren die Bürger?

Sie verhalten sich heute deutlich anders als noch vor zwanzig Jahren. So ziehen es die meisten heute vor, dass sie einen Gemeindefusioner am Mittag besuchen können, auch wenn dieser zwei Kilometer entfernt liegt, als dass der Schalter gleich um die Ecke liegt, aber häufig geschlossen ist. Unsere Studien zeigen, dass die Bevölkerungsnähe durch Fusionen nicht abnimmt.

## Gibt es einen Autonomie-Verlust?

Dies ist das interessante Paradox: Fusionen erhöhen die Autonomie deutlich. Man gibt zwar ein wenig von seiner Eigenständigkeit auf, kann dafür über ein grösseres Gebiet selber entscheiden und hat mehr finanzielle Möglichkeiten. Durch Fusionen nimmt zudem die Notwendigkeit interkommunaler Zusammenarbeit ab. Diese ist oft schwerfällig und nicht sehr demokratisch, da die Bevölkerung dazu nur wenig zu sagen hat.

## Steigen oder sinken die Steuern?

Billiger wird es oft nicht im erhofften Ausmass. Der Grund ist simpel: Um die Zustimmung der Bevölkerung für eine Fusion zu gewinnen, wird das Leistungsniveau auf dasjenige der leistungsstärksten Gemeinde erhöht, während man die Steuern auf das Niveau der zuvor steuergünstigsten Gemeinde senkt. Sparen würde man vor allem durch die Entlassung von Personal. Das tun aber weder bürgerliche noch linke Politiker, weil es bei

### Serie «Aufbruch Baselland»

Unter dem Motto «Aufbruch Baselland» schaut die bz konstruktiv auf einige Problemzonen des Kantons. Bisher sind erschienen: «Baselbieter streben nach Schaffhauser Erfolg» (28. Januar) und «Birsstadt, das Vorbild heisst Glat-tal» (29. Januar) (BZ)

der Bevölkerung schlecht ankommt. Fusionen führen also primär zur Verbesserung staatlicher Leistungen und bieten einer Gemeinde und einer Region Entwicklungspotenziale.

## Wirken sich Gemeindefusionen auf die Kantonsfinanzen aus?

In der Schweiz orientiert man sich in den Kantonen oft an der leistungsschwächsten Gemeinde. Dies hat zu einer deutlichen Kantonalisierung von Aufgaben geführt, weil viele kleine Gemeinden mit der zunehmenden Komplexität der Aufgaben überfordert sind. Entsprechend haben wir zurzeit eine schlechende Aushöhlung der Gemeindeautonomie. Mit leistungsstärkeren Gemeinden wäre wieder eine Stärkung der Gemeindeautonomie möglich und damit eine Entlastung der Kantone.

## Spielt für einen Kanton die Gemeindegrösse eine Rolle?

Weniger, dafür stärken grössere Gemeinden deren Rolle gegenüber dem Kanton. Die Attraktivität dieser Gemeinden nimmt zu, sei dies raumplanerisch oder auch wegen der besseren Leistungen. Dies ist im Interesse der Kantone, denn dann werden viele Leistungen durch die Gemeinden erbracht. Dies entlastet den Kanton und stärkt ihn als Ganzes.





# «Ich bin überzeugt: Eine Fusion ist eine Chance»

**Pionierleistung** Die Vizegemeindepräsidentin von Glarus Süd, Simone Eisenbart, hat die Fusion von 13 Gemeinden mitgestaltet

«Ich freue mich darüber, wie engagiert die Bevölkerung sich beteiligt.»

**AUFBRUCH BASELLAND**

VON DANIEL HALLER

An der Landsgemeinde beschlossen die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Glarus Süd, die Zahl der Gemeinden von 25 auf drei zu reduzieren. Der Entscheid war zwar stark umstritten, wurde aber letztlich bestätigt. Die tiefgreifendste Fusion betraf Glarus Süd, wo 13 Gemeinden mit insgesamt 17 Dörfern und zusammen 10 000 Einwohnern zu einer verschmolzen. Nach einer Übergangszeit trat am 1. Januar 2011 die neue Gemeinde Glarus Süd an die Stelle der früheren Gemeinden. Mit 426 Quadratkilometern (zum Vergleich: Baselland: 518 Quadratkilometer) ist sie die flächenmässig grösste Gemeinde der Schweiz. Die bz wollte von der Vizegemeindepräsidentin Simone Eisenbart wissen, welche Erfahrungen sie während und nach der Fusion gemacht hat.

**Frau Eisenbart, ist die Fusion nun nach zwei Jahren über die Bühne?**  
Simone Eisenbart: Nein. Dafür benötigen wir rund zwei Legislaturperioden, also acht Jahre.

**Die Gemeinde musste praktisch neu erfunden werden. Wie haben Sie sich da aufgestellt?**  
Die Strukturen der früheren Gemein-

den waren sehr unterschiedlich. Wir konnten nichts eins zu eins übernehmen und haben die Aufgaben auf fünf Departemente verteilt, die von 15 Gemeinderäten, davon drei Frauen, bearbeitet werden. Das macht pro Departement einen Vorsteher mit einem 30-Prozent-Pensum und zwei weitere Gemeinderäte mit je einer 15-Prozent-Stelle. Das Amt des Gemeindepräsidenten ist mit 60 Prozent dotiert.

**Wie funktioniert der fusionierte Gemeinderat?**

Die Gemeinderäte haben nicht fusioniert. Es wurde ein neuer Gemeinderat gewählt, während die Gemeinderäte der früheren Ortsgemeinden noch im Amt waren. Im ersten Halbjahr 2010 übernahmen wir die Arbeit von der in der Vorbereitungsphase tätigen Projektgruppe. Ab 1. Juli 2010 führte der neue Gemeinderat parallel dazu die Geschäfte der bisherigen Gemeinden, da die ordentliche Amtsdauer der bisherigen Räte per Ende Juni abgeschlossen war.

**Das klingt nicht einfach ...**

Ja, wenn wir einen Beschluss fassten, musste jeweils auch die betroffene, noch bestehende Ortsgemeinde unterschreiben, denn offiziell gibt es Glarus Süd erst seit dem 1. Januar 2011. Zugleich mussten sich die Mitarbeiter auf neue Stellen bewerben. Teilweise waren sie in sie in der alten Ortsgemeinde noch tätig und haben in der neuen Gemeinde schon Arbeiten übernommen. Weiter wurden die Kaderstellen reduziert: Man benötigt

nur noch einen Gemeindegeschreiber und hat nur noch ein Einwohneramt. Die Leute mussten sich also oft auf neue Funktionen bewerben.

**Wurden Stellen abgebaut?**

Es wurde niemand entlassen. Für die Fusionsarbeiten benötigten wir alle Kräfte. Beispielsweise mussten die Finanzverwalter der früheren Ortsgemeinde noch die Abschlüsse 2010 in ihrer gewohnten Funktion ausführen. Auch gab es in den kleinen Gemeinden viele Doppelfunktionen, etwa indem die Gemeindegeschreiberin auch das Einwohneramt führte. Nun sind die Aufgaben spezifischer, aber es braucht nicht wesentlich weniger Leute. Wir haben deshalb für die meisten Personen, die sich beworben hat, eine gute Lösung gefunden.

**Es heisst, durch eine Fusion gewinnt man mehr Autonomie. Wie sind Ihre Erfahrungen?**

Da wir nur noch drei Gemeinden sind, haben wir automatisch gegenüber dem Kanton und anderen Partnern ein anderes Gewicht. Als die flächenmässig grösste Gemeinde der Schweiz sind wir beispielsweise oft mit Unwetterschäden konfrontiert. Da ist ein Antrag ans Militär für Unterstützung einfacher, als wenn drei betroffene Dörfer unabhängig voneinander Lösungen suchen. Auch wenn wir Gelder für Investitionsvorhaben suchen, können wir anders auftreten. Die Gemeindeautonomie hat ganz klar mehr Gewicht bekommen, da wir die Probleme jeweils als Ganzes anschauen können.

**Sie können jetzt also neue Projekte anpacken?**

Also es ist nicht so, dass die Dörfer vorher nicht funktioniert hätten. Aber gleichzeitig mit der Gemeindefusion hat man beispielsweise ein neues Rechnungsmodell – HRM 2 – eingeführt. Dieses stellt höhere Anforderungen an die Verwaltung und für die Dörfer wäre dies eine zu grosse finanzielle und personelle Herausforderung gewesen.

**Liegen nun grosse Würfe drin?**

Dafür bräuchte man finanzielle Mittel. Unabhängig von der Fusion hat die Landsgemeinde die Steuern gesenkt. Dies beschert uns nun ein Defizit von rund 6 Millionen Franken. Dennoch können wir nun die Raumplanung besser in Angriff nehmen, oder können uns wirksamer für den Halbstundentakt der Bahn nach Zürich einsetzen. Da hat man als Kommune mit knapp 10 000 Einwohnern mehr Gewicht. Wir haben gegenüber Bund und Kanton einigermassen Augenhöhe erreicht.

**Wie äussert sich dies konkret?**

Die drei neuen Gemeinden können sich viel schneller absprechen. So führten wir alle das gleiche Informationssystem ein, handhaben nun alle drei das Einbürgerungswesen gleich etc. Die Wege sind kürzer und damit schneller geworden. Auch für unsere Finanzprobleme treten wir gegenüber dem Kanton geeint auf.

**Was sagen die Bürger?**

Viele sagen, es habe sich nicht viel

## Zur Person

Simone Eisenbart (39, parteilos) ist Vizegemeindepräsidentin der fusionierten Gemeinde Glarus Süd. Zuvor war sie Gemeindegeschreiberin von Mitlödi. Im 15-köpfigen Gemeinderat mit fünf Departementen ist sie Vorsteherin des Departements Sicherheit und Freizeit. Sie ist gemeinsam mit zwei weiteren Gemeinderäten zuständig für Einwohneramt, Friedhof, Feuerwehr, Militär und Zivilschutz. Eisenbart lebt in Schwändi. (DH)

verändert. Das Tagesgeschäft hat von Anfang an funktioniert. Die Anlaufstellen sind neu. Wir haben sie auf fünf Standorte verteilt, weil wir an keinem Ort Platz für die ganze Verwaltung hätten. Wir bieten nun viel mehr Dienste online an. Aber für die älteren Mitbürger ist es vielleicht etwas anstrengender geworden.

**Und das Dorfleben?**

Viele befürchteten, das Dorfleben sterbe aus. Wir haben die Förderung der Vereine vereinheitlicht und haben nun eine gute Übersicht: Das Dorfleben geht weiter, dank dem Engagement der Bevölkerung und den Vereinen. Die Gemeindeversammlungen sind gut besucht, denn es geht um interessante Themen. So diskutiert man wegen der zurückgehenden Schülerzahl die Schulstandorte. Da hat sich die Bevölkerung organisiert und zu einer IG Schule zusammengeschlossen.

**Gab es böse Überraschungen?**

Negativ ist sicher, dass wir zu wenig Geld haben.

**Also kommt eine Fusion nicht günstiger?**

Um dazu etwas sagen zu können, müssen wir erst einmal zwei Legislaturperioden arbeiten und dann die Kosten auseinanderrechnen. Vorher waren die Lehrer beispielsweise beim Kanton angestellt, nun sind sie bei den Gemeinden. Deswegen ist derzeit ein Vergleich nicht möglich.

**Gab es freudige Überraschungen?**

Ich freue mich darüber, wie engagiert die Bevölkerung sich beteiligt. Hinzu kommt das positive Echo, das wir in der ganzen Schweiz ausgelöst haben. Man kennt uns.

**Was Sie in Glarus machen, ist also mehr als nur eine Gemeindefusion, sondern eine Reform der ganzen kantonalen Strukturen.**

Ja, jeder muss sich bewegen. Die Gemeindefusion war aber der Antrieb. Ich bin deshalb überzeugt: Eine Fusion ist eine Chance.

## Serie «Aufbruch Baselland»

Auf der Suche nach Lösungen und Erfahrungen schaut die bz über den Kanton hinaus. Bisher sind erschienen: «Baselbieter streben nach Schaffhauser Erfolg» (28. Januar) und «Birsstadt, das Vorbild heisst Glattal» (29. Januar), «Die Gemeinden wissen, was es geschlagen hat» (30. Januar). (BZ)

# Alle Regierungskandidaten stehen Fusionen offen gegenüber

**Kurswechsel** Nach dem Rücktritt von Adrian Ballmer dürfte sich das Verhältnis zu Gemeindefusionen entkrampfen.

VON DANIEL HALLER

«Gemeinden müssen grundsätzlich ihre Aufgaben in guter Qualität erledigen können», betont Regierungsratskandidat Eric Nussbaumer (SP). Dies auch den finanziell schwächeren Gemeinden zu ermöglichen, sei Aufgabe der kantonalen Solidargemeinschaft in Form des Finanzausgleichs. «Wird dieser jedoch überstrapaziert und sind die Gemeinden

trotzdem nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen, stellt sich die Frage nach einer grundsätzlichen Gebietsreform.» Den entsprechenden «tief greifenden demokratischen Prozess» könne der Kanton anstossen. «Dafür sind aber die Einsicht und der Wille der Gemeinden die Voraussetzung.» Von finanziellen Anreizen hält Nussbaumer nicht viel: «Eine Gebietsrevision ist mehr als einfach nur Zuckerli zu verteilen.»

**In 50 Jahren noch 15 Gemeinden**

«Ich möchte die Gemeindeautonomie weiter bringen», erklärt Thomas Weber (SVP). Also müsse der Kanton den Gemeinden mehr Aufgaben

übertragen, ihnen aber auch einen höheren Anteil der Steuern überlassen. «Gemeinden müssen sich dann so organisieren, dass sie in der Lage

**«Eine Gebietsrevision ist mehr als einfach nur Zuckerli zu verteilen.»**

Eric Nussbaumer, SP

sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dafür wären auch Fusionen denkbar.»

Vielmehr hält Weber es für sinnvoll, zuerst Aufgaben wie beispielsweise die Verwaltung zusammenzulegen. Vielleicht komme man später

zum Schluss, dass man auch politisch fusionieren könnte. «Schliesslich wären Feuerwehrverbände vor 30 Jahren auch undenkbar gewesen.» So sei es denkbar, dass «der Kanton in 40 oder 50 Jahren aus 12 bis 15 Gemeinden bestehe. Gegenüber Zwang und finanzieller Förderung Fusionen zu beschleunigen, zeigt sich auch Weber skeptisch.

**Steuer-Erlass als Anreiz**

«Ich bin überzeugt, dass Gemeinden mit grossen Gestaltungsspielräumen eine wichtige Voraussetzung für die Innovationskraft und die Entwicklung eines starken Kantons Baselland sind», erklärt Gerhard Schaf-

roth (GLP). Dafür müssten sie mehr Aufgaben übernehmen, die heute beim Kanton liegen. Dieser solle dafür Anreize schaffen, indem er für Dienstleistungen die Kosten ausrechne. Für jede Aufgabe, welche eine Gemeinde übernimmt, würde den Einwohnern der entsprechende Anteil der Kantonssteuern erlassen.

«Heute ist es für Gemeinden attraktiv, alles auf den Kanton abzuschieben.» Bestünde ein Anreiz, sich selbst darum zu kümmern, würden kleine Gemeinden feststellen, dass sie allein dazu nicht in der Lage sind. «Dies würde zu Fusionen durch Anreize führen, denn durch Zwang erreicht man gar nichts.»